



CDU-Antrag

Keine gemeinsame europäische Einlagensicherung für Banken

Die deutschen Einlagensicherungssysteme sind gut aufgestellt. Die Steuerzahler sind künftig besser vor den Folgen von Bankenkrisen geschützt. Eine gemeinsame europäische Einlagensicherung muss unterbleiben, sonst besteht die Gefahr, dass nationale Fehlentscheidungen alle Staaten und Bürger belasten.

In einem Antrag fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, über die Landesvertretung dafür Sorge zu tragen, dass eine europäische Einlagensicherung und –rückversicherung unterbleibt, die Mitgliedstaaten der EU die Maßnahmen zur Sicherung der Bankenunion tatsächlich umsetzen und so die Risiken von Bankenkrisen reduziert werden.

In Deutschland besteht mit den gesetzlichen Sicherungseinrichtungen der privaten und öffentlichen Banken sowie den institutssichernden Einrichtungen der Volks- und Raiffeisenbanken und des Sparkassensektors ein gewachsenes und bewährtes System der Einlagensicherung. Dieses System wurde mit dem Einlagensicherungsgesetz an die neuen europäischen Vorgaben angepasst. Es ist die Aufgabe aller Mitgliedsstaaten, die Einlagensicherungsrichtlinie umgehend umzusetzen, wo es noch nicht geschehen ist. Den Antrag finden Sie hier: <http://kurzlink.de/GG16-10300>.

Flüchtlings-Notunterkünfte

Land zahlt Kosten nur schleppend zurück

So wie zahlreiche Kommunen in NRW zahlen auch die Städte im Rhein-Erft-Kreis viel Geld für die Unterbringung und Verpflegung von Flüchtlingen, für Personal, Sicherheitsdienst und medizinische Untersuchungen. Das Land muss diese Kosten schnell und unbürokratisch erstatten.

Ich habe bei der Landesregierung nachgehakt, welche Stadt bislang wie viel Geld in Rechnung gestellt und erstattet bekommen hat. Ergebnis: Die Kosten wurden in ganz unterschiedlicher Höhe zurückgezahlt. Bis zum 30. Oktober haben bereits die Städte Bergheim, Brühl, Erftstadt, Hürth und Pulheim Rechnungen eingereicht. Die Beträge reichen von rund 44.600 Euro (Brühl) über etwa 412.900 Euro (Erftstadt) bis zu gut 661.100 Euro (Bergheim). Bergheim und Erftstadt wurde mit Stand 31.10. etwa die Hälfte erstattet, Pulheim ein Fünftel des Betrags, Brühl erhielt noch kein Geld zurück. Die Rechnung aus Hürth ging erst am 30.10. ein und wird noch geprüft. Zwar erhalten die Kommunen Geld zurück, aber die Erstattung muss schneller vorangehen. Mehr: <http://kurzlink.de/GG151127>.

CDU-Antrag

Digitale Spuren potentieller Attentäter im Vorfeld aufklären

Die Landtagsfraktion fordert den Aufbau eines digitalen Kompetenzzentrums zur Bekämpfung, Verfolgung und Verhinderung terroristischer Aktivitäten. Terroristen nutzen längst den digitalen Raum. Deshalb muss die digitale Kompetenz unserer Polizei besser werden.

Die Anschläge von Paris haben gezeigt, dass die Terroristen im Vorfeld digitale Spuren hinterlassen. Mindestens ein Attentäter aus dem Brüsseler Vorort Molenbeek soll in sozialen Netzwerken eindeutige Fotos und Waffen gepostet haben. Solche Postings könnten problemlos durch entsprechende Software automatisch erkannt und einem Digitalen Kompetenzzentrum Terrorabwehr zur Prüfung weitergeleitet werden. Im konkreten Fall hätten die Pariser Anschläge womöglich bei Auswertung der existenten digitalen Informationen im Vorfeld verhindert werden können. Antrag: <http://kurzlink.de/GG16-10303>.